

„Die Taliban waren nie wirklich weg aus Afghanistan“

Lara Massó

Interview mit Lava Mohammadi

Lava Mohammadi kommt aus Afghanistan und lebt in Kiel. Sie ist FLINTA Aktivistin und Sprecherin beim Afghanischen Stammtisch Verein in Schleswig-Holstein. Wir haben mit ihr am 15.08.2024, am dritten Jahrestag der Machtübernahme der Taliban, dieses Interview geführt.*

Das war noch vor der Abschiebung von 28 Männern nach Afghanistan am 30.08.2024, weshalb diese im Interview nicht thematisiert wird. Der Lagebericht von Lava Mohammadi schildert jedoch eindrucksvoll, dass die Taliban ein radikalislamistisches Schreckensregime sind, mit dem nicht verhandelt werden darf. Die erfolgte Abschiebung darf nicht zum Türöffner für weitere Abschiebungen werden, nur um die innerdeutsche Debatte über Migration zu befrieden. Aktuell leben circa 24.000 ausreisepflichtige Afghan*innen in Deutschland, die eine Abschiebung das Leben kosten könnte.

Seit drei Jahren sind die Taliban nun bereits in Afghanistan an der Macht. Du hast Kontakt mit Menschen vor Ort. Was kannst du uns zur derzeitigen Situation in Afghanistan erzählen?

In Afghanistan kam von heute auf morgen ein Regime an die Macht, das Frauen und geschlechtlichen Minderheiten jegliche Rechte abgesprochen hat. Eine Frau darf nicht zur Schule gehen, nicht zur Universität gehen, nicht arbeiten und darf nicht selbstbestimmt ihre Kleidung wählen. Wenn eine Frau krank wird, darf sie sich nicht bei männlichen Spezialisten behandeln lassen und weibliche medizinische Fachkräfte dürfen nicht mehr arbeiten. Das ist eine indirekte Verurteilung zum Tode. Ärztinnen dürfen nur noch auf Entbindungsstationen arbeiten, aber nicht in anderen medizinischen Bereichen. Wenn Frauen krank werden, müssen sie sich untereinander helfen, Informationen teilen und einfach irgendwie damit klarkommen.

Die Menschen, die sich dagegen wehren und ihre Stimme erheben, werden verfolgt und festgenommen. Hunderte Frauen und Angehörige der LGBTIQ*+ Community befinden sich gerade in

Talibans Gefängnissen. Sie werden mehrfach vergewaltigt und sogar ermordet. Wenn sie aus dem Gefängnis freikommen, nehmen sich viele Frauen das Leben, da sie so schreckliche Dinge erlebt haben, dass sie traumatisiert sind und kein normales Leben mehr führen können. Menschen werden außerdem in der Öffentlichkeit ausgepeitscht oder hingerichtet. Ortskräfte werden sofort ermordet, wenn sie festgenommen werden.

Gibt es bei all der Unterdrückung noch Strukturen in Afghanistan, in denen Frauen Unterstützung finden?

Es gibt noch Frauengruppen, die sich für Menschenrechte einsetzen und immer noch versuchen, andere Frauen mental zu unterstützen. Man hilft sich gegenseitig. Meine Schwester ist selbst Frauenaktivistin, sie war 12 Jahre lang Englischlehrerin und hat auch Kinder zuhause unterrichtet, deren Familien kein Geld für Sprachkurse hatten. Außerdem hat sie Frauen in Frauenhäusern und Frauengefängnissen unterstützt. Nach der Machtübernahme der Taliban wurde sie mehrmals bedroht und verfolgt und trotzdem hat sie ihren Kampf fortgesetzt. Sie hat sich mit anderen mutigen Frauen zusammengetan und unterschiedliche Aktionen unternommen. Sie versucht ihren Aktivismus im Geheimen fortzuführen, aber es ist schwer. Denn wenn ihr Aktivismus öffentlich wird, kostet sie das ihr Leben. Ich bin sehr stolz auf sie, aber es ist auch emotional schwer für mich zu wissen, dass sie verfolgt wird und mit ihren fünf Kindern von Haus zu Haus auf der Flucht ist. Sie kann nicht mehr zuhause leben, da sie verfolgt wird, ihr Mann wurde von den Taliban festgenommen und sie darf nicht arbeiten.

Die Frauen, die noch für ihr Land kämpfen, sind auf sich allein gestellt, es gibt

Frauenrechte sind Menschenrechte

Der LandesFrauenRat ist der überparteiliche Dachverband schleswig-holsteinischer Frauenorganisationen und tritt für die Durchsetzung der tatsächlichen Gleichberechtigung der Geschlechter in allen Bereichen ein: in der Arbeitswelt, in Freizeit und Kultur, in Politik und Wirtschaft, im Privaten und in der Öffentlichkeit.

Wir stehen ein für eine gerechte Verteilung von Rechten, Macht und Ressourcen und stellen uns gegen Rechtsextreme und nationalistische Positionen, denn sie bedrohen die Menschenrechte – und Frauenrechte sind Menschenrechte.

Seit Jahren verspüren wir Rückschritte in Bezug auf die Gleichberechtigung. Partei- und Wahlprogramme und Regierungen wollen das Recht auf Selbstbestimmung der Frauen einschränken, traditionelle Rollenverteilungen fördern und somit das Patriarchat stärken und in letzter Konsequenz Frauen gefährden.

Der erstarkende Antifeminismus ist weltweit zu spüren und auch hier bei uns in Schleswig-Holstein. Die Debatten z.B. um das Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch hier und in der Welt zeigen deutlich auf, wie es um die Frauenrechte, und damit um die Menschenrechte bestellt ist. Dort wo die Freiheit von Frauen in Frage gestellt wird, wird die freiheitliche Demokratie angegriffen.

Die Grenzen des Sagbaren sind in den letzten Jahren deutlich verschoben worden und die Akzeptanz von sexistischen Äußerungen und antifeministischen Haltungen ist weit in alle Milieus verbreitet.

Dem stellen wir uns entgegen und setzen uns für eine Stärkung der Demokratie ein, zu deren Grundfesten die Emanzipation der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter gehört.

Wir lassen es nicht zu, dass sich nationalistische, rechtsradikale Positionen sich in den Vordergrund drängen und demokratische Grundprinzipien in Frage stellen.

Im Kampf gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit muss der Antifeminismus immer mitgedacht werden:

Bei allen politischen, sozialen, religiösen und gesellschaftlichen Unterschieden ist der Antifeminismus die Klammer und die Brücke, der die verschiedenen Gruppen zusammenbringt und Vielfalt, Offenheit und Sicherheit verhindert. Und das können wir nicht zulassen!

Wir stehen ein für unsere repräsentative Demokratie, die von Frau und allen anderen Geschlechtern gleichermaßen geprägt ist, in der vielfältige Perspektiven vertreten sind und somit unser Zusammenleben weniger anfällig machen für Erschütterungen und Angriffe.

Birte Kruse-Gobrecht ist Vorstandsmitglied des Landesfrauenrats Schleswig-Holstein e.V.. <https://landesfrauenrat-s-h.de/>



keine internationale Unterstützung für sie. Der Fokus der internationalen Gesellschaft liegt gerade nicht auf Afghanistan. Es ist sehr tragisch, dass westliche Länder diese Frauen, die nicht mit Waffen, sondern mit ihrem Aktivismus kämpfen, in keinerlei Hinsicht unterstützen. Doch sie will nicht aufgeben, ich zitiere sie: „Wenn alle rausgehen, wer kämpft dann für unser Land?“

Wie überleben Frauen in Afghanistan? Viele Männer sind von den Taliban verhaftet und verschwunden, viele Frauen sind verwitwet und gleichzeitig dürfen sie nicht arbeiten. Wie ernähren sie sich?

Es ist eine tragische Situation. Die meisten Frauen haben sich in den letzten 20 Jahren selbstständig gemacht. Sie hatten ihre eigenen Unternehmen, Geschäfte wie Friseursalons und eigene Einkunftsquellen. Jetzt dürfen sie es nicht weiterführen. Alle frauengeführten Geschäfte wurden geschlossen und auch alle Frauen aus der Verwaltung wurden entlassen. Alleinerziehende Frauen und Witwen müssen allein zuhause durchkommen. Wie sie sich ernähren, interessiert die Taliban Regierung nicht. Sie wollen dort einfach nicht hinsehen. Wir bekommen immer wieder das tragische Ereignis mit, dass Frauen ihre eigenen Kinder verkaufen, sodass sie dadurch den Rest der Familie ernähren können. Sie haben sonst kein Geld für Essen. Das ist schrecklich für die Mütter, aber es ist die einzige Möglichkeit den Rest der Familie zu ernähren. Wir Aktivist*innen in Deutschland versuchen Frauen in Afghanistan immer wieder durch kleine Spendenaktionen zu unterstützen. Wir organisieren das privat, damit kein Geld bei den Taliban hängen bleibt. Es ist schwierig, so viel Geld zusammenzubekommen, da es dadurch keine offizielle Spende ist und viele Menschen dadurch abgeschreckt sind. Aber für uns ist es der einzige Weg.

Der Afghanische Stammtisch SH hat außerdem ein Projekt namens Assi Design ins Leben gerufen, das aus privaten Mitteln finanziert wird. Ziel des Projekts ist es, Frauen in Afghanistan zu unterstützen, indem sie traditionelle afghanische Kleider, sogenannte Gand Afghani, nähen. Diese Kleider versuchen wir hier in Deutschland zu verkaufen, um den Erlös an die Frauen in Afghanistan zu schicken. Auf diese Weise wollen wir ihnen eine Beschäftigung ermöglichen, damit sie nicht länger in ‚Hausgefängnissen‘ ohne sinnvolle Tätigkeit leben müssen – ein Umstand, der häufig zu psychischen Erkrankungen führt. Gleich-



zeitig möchten wir ihnen die Möglichkeit geben, durch ihre Arbeit sich selbst und ihre Familien zu ernähren.

Viele Afghan*innen haben während des zwanzigjährigen NATO-Einsatzes in Afghanistan für internationale Truppen als Übersetzer*innen, Journalist*innen, Techniker*innen und viel mehr gearbeitet. Sie sind unter den Taliban einer besonderen Gefahr ausgesetzt, da sie auf der Seite des Westens standen und demokratische Werte verteidigt haben. Welche Verantwortung tragen die internationalen Kräfte für die Ortskräfte?

Wir haben das schon häufig erlebt und gehört, dass Menschen, die mit NGOs oder mit der NATO gearbeitet haben, schon vor 20 Jahren von den Taliban verfolgt wurden und teilweise auch getötet wurden. Die Taliban waren nie wirklich aus Afghanistan weg, sie wurden während des NATO-Einsatzes nur aus den Städten raus in die Dörfer und den ländlichen Bereich verdrängt. Aber sie waren immer da. Die Ortskräfte waren also schon immer in Gefahr, aber jetzt hat die Gefahr eine neue Dimension erreicht, sie sind in Lebensgefahr, seitdem die NATO-Truppen sie im Stich gelassen hat. Sie müssen

sich verstecken, sie dürfen nicht rausgehen, sie können nicht arbeiten, um nicht entdeckt zu werden.

Es gibt ein elektronisches Datenspeichersystem, in dem auch die beruflichen Daten von ehemaligen Ortskräften gespeichert sind. Wenn jetzt also jemand ein Visum beantragen möchte oder einen Pass braucht, können die Taliban herausfinden, dass die Person eine ehemalige Ortskraft ist.

Wenn es jemand illegal über die Grenze schafft, also vor allem nach Pakistan, Iran oder in die Türkei, werden sie wieder abgeschoben. Nachbarländer haben kein Verständnis dafür, dass diese Menschen unter Verfolgung sind und NATO-Länder haben kein Interesse, die Menschen zu holen. Alle Länder haben die afghanische Bevölkerung einfach vergessen.

In Deutschland gab es das Bundesaufnahmeprogramm (BAP), womit 1.000 gefährdete Menschen pro Monat nach Deutschland geholt werden sollten. Nach drei Jahren wurden aber gerade einmal insgesamt 540 Menschen über das BAP geholt. Und die 540 Menschen, die das geschafft haben, die hatten wirklich Nerven bei so vielen bürokratischen Hürden. Das BAP war mit so einer hohen Bürokra-

tie verbunden, dass ich nicht glaube, dass es jemals wirklich das Ziel war, darüber Menschen aufzunehmen. Die Menschen, die verfolgt wurden und werden, hatten häufig keinerlei Zugang zum Internet. Die Menschen, die es geschafft haben, einen Antrag zu stellen, mussten teilweise ein Jahr lang auf die Bearbeitung ihrer Anträge warten und durften in dieser Zeit Afghanistan nicht verlassen, obwohl sie unter Verfolgung waren. Aus Nachbarländern durfte kein Antrag gestellt werden, nur aus Afghanistan selbst. Das Budget des BAP soll in Zukunft außerdem noch um 90% gekürzt werden, das nimmt den Menschen die letzte Hoffnung.

Was kann die Zivilgesellschaft tun, um Afghan*innen zu unterstützen?

Das Wichtigste ist, dass Afghanistan nicht vergessen werden darf. Seid mit uns laut, geht mit uns auf die Straße und macht auf die Situation in Afghanistan aufmerksam! Die Solidarität der Zivilgesellschaft ist das, was wir gerade wirklich brauchen und was uns viel bedeutet.

Lava Mohammadi studiert in Kiel und engagiert sich im Verein Afghanischer Stammtisch e.V.
www.facebook.com/afg.stammtisch/